



Brüssel, 24. September 2008

Andreas Schwab (EVP-ED/CDU):

## **EU-Telekompaket: EP will Balance zwischen Stärkung der Verbraucherrechte und dem Schutz des Urheberrechts**

"Angesichts einer zunehmenden digitalen Piraterie, sowohl was Nutzerdaten als auch Programme und Musik angeht, möchte das Europäische Parlament einen besseren Schutz für Rechteinhaber erreichen, ohne die Rechte von Internetnutzern zu beschneiden". Dies erklärte der stellvertretende EVP-ED-Koordinator im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments, Andreas Schwab, heute nach der Plenarabstimmung über das Telekompaket. "Das Parlament folgte dagegen nicht dem ursprünglichen Vorschlag der Kommission, zwingende Copyright-Warnungen an Nutzer in die Richtlinie aufzunehmen. Nichtsdestotrotz sind allgemeine Informationen über die Folgen von Verletzungen des Urheberrechts für Verbraucher durchaus nützlich, vor allem für Nutzer, die sich an die Urheberschutzregeln halten wollen", so Schwab weiter.

Eine "Überwachung des Internets", wie ihn Datenschützer befürchten, ist vom Europäischen Parlament ausdrücklich abgelehnt worden. Geltendes EU-Recht bleibt bestehen. Die Mitgliedstaaten können Anbietern von Diensten keine allgemeine Verpflichtung auferlegen, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hinweisen (E-Commerce-Richtlinie). Zudem habe sich das Parlament dafür ausgesprochen, dass die Nutzung des Internets nur durch eine richterliche Anordnung eingeschränkt werden darf.

Auch im Hinblick auf die "Förderung legaler Inhalte" kann die europäische Ebene die Mitgliedsstaaten nur dazu auffordern, enger zu kooperieren und die Zusammenarbeit zwischen Diensteanbietern und Inhalteanbietern zu fördern. "Vorschreiben können und wollen wir dies aber nicht". Die Richtlinie zu den Universaldienstleistungen bringe außerdem konkrete Vorteile für die Verbraucher: Möchte ein Nutzer bei einem Wechsel seines Telefonvertrags seine Telefonnummer beibehalten, muss dies in Zukunft innerhalb eines Tages möglich sein. Bisher mussten die Verbraucher bis zu einem Monat lang warten. Ferner soll die Notrufnummer 112 als europäische Nummer, zusätzlich zu den bestehenden nationalen Nummern, etabliert werden.

### **Für weitere Informationen:**

**Büro Dr. Andreas Schwab, MdEP, Tel.: +32 - 2 - 2837938**

**EVP-ED-Pressestelle, Knut Gölz, Tel.: +32 - 479 - 972144**